

kräftigung unserer seit langem feststehenden Politik aufzufassen, eine Streitmacht von sechs Divisionen so lange hier zu unterhalten, wie ihre Anwesenheit erforderlich ist, sowie auch als erneute Bekräftigung unserer Auffassung, daß sie hier notwendig sind und deshalb auch hier bleiben werden. Die Worte des Ministers bedürfen keiner Beschönigung meinerseits.

Ich glaube aber, Sie haben vielleicht die Frage übersehen, auf die sie die Antwort darstellten. Ein amerikanischer Fernseh-Interviewer fragte den Minister, ob drei Divisionen in Europa nicht eine ebenso sichere Garantie unserer Intervention böten wie sechs. Die Andeutung eines Abzuges wurde mithin gar nicht gemacht. Zur Diskussion stand vielmehr, ob nicht auch weniger Divisionen ausreichen könnten, den Zweck zu erfüllen, um dessentwillen amerikanische Truppen in Deutschland stehen. Die Antwort des Ministers lautete: Nein. Sollte sich eine drastische Änderung zum Besseren ergeben, so würde es nur natürlich erscheinen, die Situation zu überprüfen. Der Minister traf keine Voraussage des Inhalts, daß eine Überprüfung notwendigerweise zu einer Verringerung der Truppenstärke führen würde. Wir schränken unser Versprechen, unsere sechs Divisionen so lange hierzubehalten, wie sie gebraucht werden, in keiner Weise ein.

SPIEGEL: Zwischen Bonn und Washington herrschte bisher Übereinstimmung, daß man bei Gesprächen mit Moskau über die deutsche Frage vorerst keine substantiellen Fragen berühren sollte. Wünscht die US-Regierung — so ist Mr. Rusk kürzlich hier verstanden worden — nun trotzdem, daß mit der Sowjet-Union von Anfang an zum Beispiel über die deutsche Ostgrenze oder ein militärisches Sicherheitssystem in Mitteleuropa verhandelt werden sollte?

MCGHEE: Hier wird die Haltung meiner Regierung völlig mißverstanden. Ein Vorschlag dieser Art ist nie gemacht worden. Unternimmt man den Versuch, mit den Sowjets über ein so verwickeltes und heikles Problem wie die deutsche Frage zu sprechen, so muß man dabei sorgfältig und schrittweise vorgehen. Die Positionen müssen mit größter Umsicht vorbereitet werden, und der Zeitpunkt, zu dem man sie auf den Verhandlungstisch legt, ist mit Bedacht auszuwählen. Dies alles gebietet allein schon der gesunde Menschenverstand.

Und wenn ich darauf hinweise, daß mit jedem Schritt, der sich auf dem Weg zu erfolgreichen Verhandlungen als möglich erweisen sollte, neue und immer kompliziertere Fragen auftauchen werden, dann ist das auch nur eine Binsenweisheit. Man muß auf jede Frage vorbereitet sein, wenn sich der geeignete Augenblick zu Verhandlungen über sie einstellt. Und schließlich: Jeder weiß, daß die Festlegung der deutschen Grenzen und die Fragen der europäischen Sicherheit notwendige Bestandteile einer endgültigen Regelung der deutschen Frage sind. Ehe dieses Ziel erreicht ist, wird — sofern unser Weg uns überhaupt so weit führt — irgendwann eine Entscheidung über diese Probleme zu treffen sein.

SPIEGEL: Gibt es nach Ihren Erfahrungen zur Zeit überhaupt Anzeichen dafür, daß die Sowjet-Union im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung jetzt zu Deutschland-Verhandlungen der Großmächte bereit wäre?

MCGHEE: Nein.

AUSSENPOLITIK

Stets gewarnt

In streng geheimer Klausur treiben der Kanzler und seine Minister diese Woche in Berlin gesamtdeutsche Gewissensforschung. Der sonst übliche Beraterschwarm bleibt ausgeschlossen, wenn das Erhard-Kabinett erstmals versucht, sich von außenpolitischen Illusionsträumen zu befreien. Es geht um die Frage, ob überhaupt ein konkreter Bewegungsspielraum bei Deutschland-Verhandlungen mit den Sowjets gewonnen werden kann.

Daß neue Gedanken vonnöten sind, dämmerte den Bonnern, als US-Außenminister Rusk Washingtoner Zeitungsleute am Tag vor Silvester mit dem Stoff belieferte, aus dem in Deutschland zu Neujahr Alarmmeldungen wurden.

Rusk hatte an Bonner Tabus gerührt, als er zum neuerdings lautstarken Ruf

Während sich das Bonner Kabinett am Dienstagvormittag letzter Woche im Palais Schaumburg versammelte, um diese Rusk-Außerungen zu beklagen, saß nebenan in Kanzler Erhards Arbeitszimmer Amerikas Botschafter George McGhee. Eben erst von Präsident Johnsons Texas-Ranch zurückgekehrt, verwandte er eine halbe Stunde darauf, den Verdacht zu zerstreuen, zwischen Bonn und Washington sei die große Vertrauenskrise ausgebrochen.

McGhee zu Erhard: „An der amerikanischen Deutschland-Politik hat sich nicht das geringste geändert.“

Verspätet, doch beschwingten Schrittes marschierte der Kanzler daraufhin hinüber in den Kabinetssaal. An seinem Platz am ovalen Tisch steckte er sich die zweite Zigarre des Tages an und wünschte seinen Ministern jovial ein gutes neues Jahr.

Aufgeräumt beschwichtigte der Kanzler die Tafelrunde: „Maßgeblich ist, was der Botschafter mir eben amtlich über-



Mende, Erhard, Schröder im Kabinett. Geduld verloren

vom Rhein nach westlichen Wiedervereinigungsmühen für Deutschland kühl äußerte:

- ▷ Zwar gebe es keinerlei Anzeichen, daß Moskau in Richtung Wiedervereinigung über die Deutschland-Frage verhandeln wolle,
- ▷ aber wenn die Bundesregierung unbedingt — vielleicht aus Wahlgründen — nach solchen Schritten dränge, dann müsse sie sich der Konsequenz bewußt sein,
- ▷ nämlich der heiklen Fragen, die von den Sowjets aufgeworfen werden könnten, wie Ostgrenze, europäische Sicherheit, entmilitarisierte Zone, Rüstungsverminderung, Truppenabzug.

Rusk unverblümt: „Darauf müssen wir vorher eine Antwort wissen. Wenn man etwas in Gang setzt, muß man dafür einstehen. Ich bin nicht bereit zu starten, wenn ich nicht weiß, wohin es geht.“

mittelt hat — nicht das, was in den letzten Tagen aus amerikanischen Zeitungen zu entnehmen war.“

Nicht allen Kabinetsherren leuchtete diese Tröstung ein. Doch Außenminister Gerhard Schröder interpretierte seinen US-Freund Dean Rusk genauso wie McGhee: „Was der amerikanische Außenminister jetzt gesagt hat, ist präzise das gleiche, was von amerikanischer Seite in letzter Zeit immer wieder dargelegt worden ist.“

Schröder sagte, er habe gerade deshalb stets vor übereiltem Drängen nach einer Deutschland-Initiative gewarnt. Denn: „Es kann unter keinen Umständen in Frage kommen — ob Wahljahr oder nicht —, daß wir uns mit Substanzfragen einer Deutschland-Regelung befassen, ohne daß ein sowjetisches Einlenken überhaupt erkennbar ist.“

Die Runde im Palais Schaumburg schwieg betreten. Minister Lemmer pflichtete Schröder bei: Wenn im Mai der 20. Jahrestag des Kriegsendes ge-

kommen sei, werde man erleben, daß die Welt Deutschlands Zeche noch keineswegs vergessen habe; das sei der ungünstigste Zeitpunkt, solche Dinge anzufassen.

Der Gegenzug am Kabinetttisch kam für Schröder aus unerwarteter Richtung. FDP-Vizekanzler Mende, bisher stets auf Seiten Schröders, zweifelte diesmal dessen Thesen an.

Seit August 1963, sagte Mende, liege den drei Westmächten ein Memorandum der Bundesregierung mit detaillierten Plänen zur Behandlung der deutschen Frage vor. Über ein Jahr lang sei Bonn dafür wegen der englischen und amerikanischen Wahlen um Aufschub gebeten worden. Nun könne man nicht länger Geduld üben.

Schröder erläuterte, warum das Papier vom Sommer 1963 bei den Alliierten wenig Gegenliebe gefunden hat: Weil es nach ihrer Auffassung in den wesentlichen Teilen (Neuaufgabe des Genfer Herter-Plans von 1959) antiquiert sei und keine praktikable Basis für Verhandlungen mit den Sowjets abgebe.

Adenauer-Intimus Heinrich Krone schlug in die gleiche Kerbe wie Erich Mende. Mit dem Altkanzler und dem CDU/CSU-Fraktionschef Barzel hegt Krone die Befürchtung, bei Tatenlosigkeiten der Regierung drohe in den Bundestagswahlen an der Wiedervereinigungsfrente ein SPD-Einbruch.

Außer von FDP-Mende sah Krone sich unterstützt von den CDU-Kollegen Lücke, Heck, Blank und Seeböhm. Auch CSU-Stücklen schloß sich an.

In die Gruppe Schröder reihten sich im Laufe der nächsten Sitzungsstunde neben Lemmer die CDU-Minister Schwarz, Schmücker und CSU-Dollinger ein, mit den anderen beiden CSU-Bayern Höcherl und Niederalt als stille Reserve. Auf einige bewährte Bundesgenossen mußte der Außenminister verzichten: Hassel und FDP-Bucher waren auf Reisen, FDP-Dahlgrün und FDP-Lenz hatten sich krank gemeldet.

Der fünfte Freidemokrat im Bonner Kabinetttisch ging ins Lager Krone-Mende über: Entwicklungsminister Scheel — seit dem Münchner FDP-Parteitag 1963 als „FDP-Gaullist“ apostrophiert. Er beklagte, durch allzu einseitiges Festlegen auf US-Kurs im vergangenen Jahr sei Bonn nun auch beim Wiedervereinigungsspiel die französische Karte aus der Hand geraten.

Gar nicht höflich getarnt war die Abfuhr, die Gerhard Schröder zu spüren bekam, als das Kabinetttisch seine Sitzung kurz nach elf Uhr unterbrach, um Konrad Adenauer in der Bonner Beethoven-Halle zum 89. Geburtstag zu gratulieren (siehe Seite 22).

Minutenlang ließ der Altkanzler seinen einstigen Musterschüler, der in der Gratulantenschlange an der Reihe war, unbeachtet stehen und plauschte ungerührt mit Kardinal Frings. Eine Unmutsfalte grub sich in des Ministers Stirn. Dann griff er von sich aus nach der Hand des strengen Jubilars und sagte verkniffen seinen Spruch.

Von der Geburtstagsfeier in den Kabinettsaal des Palais Schaumburg zurückgekehrt, wagte sich Kanzler Erhard ins Florettgefecht seiner Minister: Man müsse aus Fehlern lernen und bestrebt sein, die Franzosen künftig freundlicher anzufassen; bei „allem Tun und Wollen“ sei auch daran zu denken: „Wie wirkt das in Paris?“

FARAH DIBA

Schwer verletzt

Der platte Jux bestand aus einem Satz von zwölf Wörtern. Sie genügten, um eine Kluft zwischen Morgen- und Abendland aufzureißen. Bundespräsident Lübke tat am Silvesterabend auf dem Fernsehschirm der Nation kund, ein Journalist habe — mit diesem einzigen Satz — ein befreundetes Staatsoberhaupt „auf unerhörte Weise herabgesetzt“.

Lübke: „Der Angegriffene hat mich wissen lassen, daß er sich auf das tiefste verletzt und beleidigt fühle. Er fordere den Schutz unseres Staates.“

Der Angegriffene war Mohammed Resa Pahlawi, Schah von Iran, Ex-Gatte von Soraya, jetzt Ehemann von Farah Diba. Er fühlte sich durch eine Veröffentlichung des „Kölner Stadt-Anzeigers“ vom 5. Dezember letzten Jahres so verunglimpft, daß er die „bisherigen



Bild-Vorlage der „Stadt-Anzeiger“-Satire „Einer sagt's dem andern“

freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen Bonn und Teheran gefährdet sah.

Das Blatt hatte auf der Unterhaltungsseite in der satirischen Folge „Menschen dieser Zeit“ ein Photo veröffentlicht, das den Schah mit Ex-König Saud zeigte. Die einzige Bildverfremdung: Haremsbesitzer Saud hielt in seiner Rechten — in das Photo hineingezeichnet — einen Paken Tausender-Banknoten. Bildunterschrift: „Also gut, gib mir die 30 000, und du kannst Farah Diba haben!“

Persiens Bonner Botschafter Adralan protestierte noch am Erscheinungstag, als er Bundespräsident Lübke bei der Diplomaten-Jagd in Oelde traf. Und das deutsche Staatsoberhaupt sah die Ehre des persischen Monarchen und dessen Gattin durch den Scherz „schwer verletzt“. Er beschwerte sich beim Deutschen Presserat, der Selbstkontroll-Instanz der deutschen Presse.

Vergeblich bemühte sich der „Kölner Stadt-Anzeiger“, der die satirische Serie sofort abbrach, um Wiedergutmachung. Unter der Überschrift „Wir bedauern“ beteuerten Herausgeber und Chefredaktion, jede Beleidigung des Kaiserpaars habe ihnen ferngelegen.

Später sandte „Stadt-Anzeiger“-Verleger Dr. Kurt Neven Du-Mont dem Schah einen Entschuldigungsbrief, erklärte sich bereit, persönlich in Teheran das Bedauern seines Blattes zu erneuern, und überlegte außerdem, einen 20 000-Mark-Scheck für gute Zwecke auszustellen.

Aber der Presseattaché der Iran-Botschaft in Köln, Dr. Ahmad Schaflyha, schrieb dem Presserat: „Wenn die deutsche Bundesregierung Wert darauf legt, diese Beziehungen mit der kaiserlich-iranischen Regierung und dem iranischen Volke weiter zu pflegen“, dann müßte nicht nur bestraft, sondern „durch Beseitigung von Zentren der Intrigen und Subversion gegen den Iran in der Bundesrepublik“ eine Wiederholung solcher Fälle „für alle Zukunft“ unmöglich gemacht werden.

In einer Verbalnote an das Auswärtige Amt verlangte der persische Hof eine Bestrafung der Übeltäter. Paragraph 103 des Strafgesetzbuchs, der einen besonderen Ehrenschatz für ausländische Staatsmänner schafft, bedroht die Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes mit Gefängnis bis zu drei Jahren (das Strafmaß bei einfacher Beleidigung: Geldstrafe, Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahr).

Am 31. Dezember erteilten Außen- und Justizminister in Bonn der Staatsanwaltschaft die Ermächtigung zur Strafverfolgung. Davon erfuhr die Öffentlichkeit erst am vergangenen Mittwoch, als der Bundespräsident seinen Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps gab. Lübke dankte der Bundesregierung, daß sie „in dieser Sache“ tätig geworden sei. Der Bundespräsident versicherte, Staatsoberhäupter unterhielten sich über solche Dinge sehr eingehend: „Einer sagt's dem andern.“

Der Spaßmacher, der diesmal solchen Gesprächsstoff geliefert hatte, war der Zeichner und Glossenschreiber Harald Rolf Sattler, 25, der gelegentlich auch die satirische Monatsschrift „Pardon“ mit Bildverfremdungen beliefert. Exemplarisch für seinen Stil ist — im Januar-„Pardon“-Heft — ein Photo, das Bundeswehrsoldaten beim Ausschachten einer Grube zeigt. Wortblase vor dem Mund des inspizierenden Offiziers: „Gute Arbeit, Jungs! Aber den nächsten, der sich beschwert, möchte ich vorher sehen!“

Der staatenlose Satiriker, Inhaber eines österreichischen Fremdenpases, ist der Persischen Botschaft verdächtig, Beziehungen zum ägyptischen Geheimdienst zu haben. Ein Sprecher der Persischen Botschaft behauptete außerdem, es sei „ganz sicher“, daß Sattler enge Beziehungen zu Bonner Vertretern der in Persien verbotenen Tudeh-Partei habe.

Der Scherzbold, dessen Mitarbeiterverhältnis wegen des Kaiser-Manövers vom „Stadt-Anzeiger“ aufgekündigt wurde, bekam am vergangenen Donnerstag Besuch von der Kriminalpolizei. Drei Beamte durchsuchten zwei Stunden lang seine Junggesellenwohnung in Köln und nahmen eine Leibbesuchung vor.

Als einziges Beweisstück beschlagnahmten die Kriminalisten ein dpa-Photo, das de Gaulle und Adenauer in Begleitung eines deutschen Kriminalbeamten zeigt. Eine Wortblase legt de Gaulle den Spruch in den Mund: „Vor-